

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für  
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

**Dr. Christos Pantazis, MdL**

zu TOP Nr.42

Erste Beratung  
**Gemeinwohlbilanz-Pilotprojekte als  
niedersächsisches Markenzeichen etablieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7814

während der Plenarsitzung vom 11.11.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der vorliegende Entschließungsantrag, Herr Kollege Schulz-Hendel, dessen Stoßrichtung Sie dem baden-württembergischen Koalitionsvertrag entnommen haben, greift den seit den 90er-Jahren u. a. von Sikora und Winkelmann entwickelten Themenkomplex der Gemeinwohl-Ökonomie auf. Insbesondere nach der Finanzkrise des Jahres 2008 wurde diese durch illustre Autodidakten wie dem österreichischen Aktivist Christian Felber überarbeitet; Sie hatten ihn gerade erwähnt. Er postuliert - wie Sie in Ihrem Antrag ausführen - medienwirksam eine umfassende Überarbeitung unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Zugegebenermaßen greift er die Kritik an den Auswüchsen des herrschenden Kapitalismus auf.

Die politischen Aktivisten um Felber propagieren die Vorstellung der Gemeinwohl-Ökonomie als möglichen dritten Weg zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und zentralisierter Planwirtschaft. Kein materielles Gewinnstreben mehr, keine bösen Finanzmärkte, kein Konkurrenzstreben, regionale Wirtschaftskreisläufe statt globalisierter Wirtschaftsverflechtungen - so werden die Ideen einer Gemeinwohlwirtschaft medienwirksam in Szene gesetzt.

Auf der Homepage des von Felber 2010 hierzu gegründeten Vereins soll diese - ich zitiere - „der Aufbruch zu einer ethischen Marktwirtschaft“ sein, „deren Ziel nicht die Vermehrung von Geldkapital ist, sondern das gute Leben für alle“. In einem Gemeinwohl-Bericht sollen Unternehmen die Umsetzung der Gemeinwohl-Werte erklären und eine Bewertung vornehmen. Bericht und Bilanz sollen extern überprüft und veröffentlicht werden. - So weit zur Theorie. Und frei nach dem österreichischen Wirtschaftstheoretiker Popper: der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen.

Aber was theoretisch lobens- und unterstützenswert klingen mag, trägt in der Praxis - die Geschichte mahnt uns - häufig den Teufel im Detail. Ökonomen bewerten die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie äußerst kritisch, sprechen dieser Theorie sogar die Wissenschaftlichkeit ab, greift diese doch massiv in die Selbstbestimmungsrechte der Menschen ein, insbesondere in Eigentums- und Freiheitsrechte.

Nicht, dass wir uns hier falsch verstehen. Niemand unterstellt den Verfechtern der Gemeinwohl-Ökonomie einen Eifer im jakobinischen Sinne. Der Begriff „Gemeinwohl“ bedarf aber einer Definition, sodass das offenkundige Missbrauchspotenzial eingegrenzt werden muss.

Ferner - und das ist fundamental - kritisiert die Gemeinwohl-Ökonomie Wettbewerb und Konkurrenz grundsätzlich und möchte diese Mechanismen abschaffen. Wettbewerb und Konkurrenz sind aber wesentliche Kennzeichen

unserer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Gemeinwohl-Ökonomie und Marktwirtschaft schließen sich daher gegenseitig aus - ganz abgesehen von dem damit einhergehenden immensen bürokratischen Aufwand, da für jedes einzelne Unternehmen festgestellt werden muss, inwieweit es die Gemeinwohlziele erreicht hat und welche rechtlichen und finanziellen Vorteile diesem gewährt bzw. welche Nachteile ihm auferlegt würden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! A

abgesehen von der hier dargestellten Kritik gebe ich in dieser ersten Beratung zu bedenken, dass niedersächsische Unternehmen bereits jetzt in vielfältiger Weise gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Diese zeigen auch die in Niedersachsen etablierten Social-Responsibility-Projekte und Nachhaltigkeitsberichterstattungen von Unternehmen.

Durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Umsetzung der CSR-Richtlinie auf Bundesebene im Jahr 2017 hat die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten zusätzliche Impulse erhalten. So sind Unternehmen verpflichtet, über die Risiken und Folgen unter ökologischen, sozialen und mitarbeiterrelevanten Aspekten zu berichten. Zur Umsetzung der Agenda 2013 mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen werden auf Bundesebene bereits jetzt kommunale Nachhaltigkeitsstrategien unterstützt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich fasse daher abschließend zusammen: Auch, wenn stets argumentiert wird, dass eine Theorie eine äußerst praktische Angelegenheit sein kann, wirft der vorliegende Antrag erhebliche Fragen und Kritikpunkte auf, die es in der anstehenden Ausschussberatung, auf die ich sehr gespannt bin, zu klären gilt. Aktuell, zum jetzigen Zeitpunkt, bleibt mir daher nicht mehr übrig, als mit den Worten Joschka Fischers zu antworten: Excuse me, I am not convinced.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.